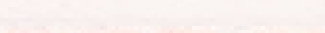










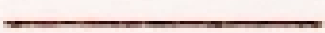









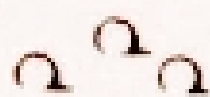


	Geltungsbereich		Baugrenze
	bestehende Gebäude		Entwässerungsrichtung
	geplante Gebäude		Nutzungsgrenze
	geplante Garagen		Grünflächen
	bestehende Grundstücksgrenze		Kinderspielplatz
	geplante Grundstücksgrenze		Landwirtschaftl. Fläche ohne Bebauung
	Verkehrsflächen		Forstwirtschaftl. Fläche
	Verkehrsflächen		öffentl. Parkflächen
X	Öffentl. Fußwege		Stellplätze
Y	Feldwirtschaftsweg	GGa	Gemeinschaftsgaragen
	Straßenbegrenzungslinie	• 203,92	Straßenhöhe ü. NN
II	Zahl der Vollgeschosse Höchstgrenze		Einfahrt auf dem Baugrundstück
Ⓜ	Zahl der Vollgeschosse zwingend		Trafo-Station
	Einzel- und Doppelhäuser		Wasserschutzzone III
	Hausgruppen	GRZ 0,3	Grundflächenzahl
g	Geschlossene Bauweise	GFZ 0,4	Geschoßflächenzahl
F	Flachdach		Bindung für die Erhaltung von Bäumen,
	Satteldach	WR	Reines Wohngebiet
	Baulinie	WA	Allgemeines Wohngebiet
		MD	Dorfgebiet
			Schule
		L	Laden



Bebauungsplan (Satzung)

für das Gebiet Lisdorf-Holzmühle in Saarlouis, in den  
Fluren 10 und 11, Gemarkung Lisdorf, südlich des be-  
stehenden Dorfgebietes Holzühle und südwestlich der

B 406

- - - - -

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz  
(BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) gemäß § 2 (1) dieses Ge-  
setzes wurde in der Sitzung des Stadtrates am 2. 2. 1962 und 15. 6. 1962  
beschlossen.

Die Ausarbeitung erfolgt durch das Stadtbauamt.

Festsetzungen gemäß § 9 (1 und 5) des Bundes  
baugesetzes

1	Geltungsbereich	siehe Plan
2	Art der baulichen Nutzung	
2.1	Baugebiet:	reines Wohngebiet
2.11	zulässige Anlagen	gemäß § 3 (2) BauNVO, zulässig sind Wohngebäude
2.12	ausnahmsweise zulässige Anlagen	gemäß § 3 (3) BauNVO, Läden siehe Plan
2.2	Baugebiet:	allgemeines Wohngebiet
2.21	zulässige Anlagen	gemäß § 4 (2) BauNVO, sind zulässig 1. Wohngebäude, 2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, sowie nicht störende Handwerksbetriebe, 3. Anlagen für kirchliche, kultu- relle, soziale und gesundheit- liche Zwecke
2.22	ausnahmsweise zulässige Anlagen	gemäß § 4 (3) Ziffer 4 BauNVO, Gartenbaubetriebe
2.2	Baugebiet:	Dorfgebiet
2.31	zulässige Anlagen	gemäß § 5 (2) BauNVO sind zulässig 1. Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, 2. Kleinsiedlungen und landwirt- schaftliche Nebenerwerbsstellen, 3. Wohngebäude, 4. Betriebe zur Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirt- schaftlicher Erzeugnisse, 5. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerb. 6. Handwerksbetriebe, die der Ver- sorgung der Bewohner des Gebie- tes dienen, 7. sonstige nicht störende Gewerbe- betriebe, 8. Anlagen für örtliche Verwaltun- gen sowie für kirchliche, kultu- relle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, 9. Gartenbaubetriebe, 10. Tankstellen
3	Maß der baulichen Nutzung	
3.1	Zahl der Vollgeschosse	siehe Plan
3.2	Grundflächenzahl	sofern im Plan nicht besonders an- gegeben: bei 1 Vollgeschoß WR u. WA = 0,4, MD = 0,4 bei 2 Vollgeschossen WR u. WA = 0,4, MD = 0,4
3.3	Geschoßflächenzahl	sofern im Plan nicht besonders an- gegeben bei 1 Vollgeschoß WR u. WA = 0,4, MD = 0,4 bei 2 Vollgeschossen WR u. WA = 0,7, MD = 0,6
3.4	Baumassenzahl	entfällt
3.5	Grundflächenzahl der bau- lichen Anlagen	entfällt
4	Bauweise	siehe Plan
5	Überbaubare und nicht überbau- bare Grundstücksflächen	siehe Plan
6	Stellung der baulichen Anlagen	siehe Plan
7	Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt
8	Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkronen Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	Auf den Talseiten der Straßen B, C, D, G und A 0,10 bis 0,30 m; auf den Bergseiten der v.g. Straßen wie vor, sofern nicht besondere Gründe vorliegen (siehe Anlage) Straße E wie Beiplan, Straßen A und F Nordseite 0,10 bis 0,30 m über Gelände
9	Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihre Einfahrten auf den Baugrundstücken	siehe Plan und innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche
10	Flächen für nicht überdachte Stell- plätze sowie ihre Einfahrten auf den Baugrundstücken	siehe Plan, innerhalb der überbau- baren Grundstücksflächen und außer- halb nur neben den Einfahrten auf dem Baugrundstück zulässig
11	Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	entfällt
12	Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	siehe Plan
13	Baugrundstücke für besondere bau- liche Anlagen, die privatwirtschaft- lichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Ver- kehrs, bestimmt ist	entfällt
14	Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt
15	Verkehrsflächen	siehe Plan
16	Höhenlage der anbaufähigen Ver- kehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrs- flächen	nach besonderem Straßenprojekt
17	Versorgungsflächen	entfällt
18	Führung oberirdischer Versorgungs- anlagen und -leitungen	entfällt
19	Flächen für die Verwertung oder Be- seitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
20	Grünflächen, wie Parkanlagen, Dau- erkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	siehe Plan
21	Flächen für Aufschüttungen, Abgra- bungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bo- denschätzen	1. Soweit neue Straßentrasse abweicht vom alten Feld - wirtschaftsweg ist der Einschnitt auf Gel.Höhe aufzuschütten. 2. Zwischen Straßenbegrenzungslinie u. Gebäude sind die Vorgärten der Talseite auf Straßenhöhe aufzuschütten. 3. Soweit Böschungen, infolge Abgrabungen oder Aufschüttungen durch den Straßenbau auf bzw. an den Grundstücken entstehen, bleiben sie Eigentum der Straßenanlieger.



- 22 Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft siehe Plan
- 23 Mit Geh-, Fahr- und Leistungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen entfällt
- 24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen siehe Plan
- 25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit und Gesundheit erforderlich sind entfällt
- 26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung entfällt
- 27 Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern siehe Plan
- 28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern siehe Plan

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 (3) BBauG

- 1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind entfällt
- 2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind entfällt
- 3 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht im gesamten Geltungsbereich
- 4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind keine weitere Ausbeutung der Sandgruben im Geltungsbereich

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 (4) BBauG

- 1 .....
- 2 .....

Aufnahme von Festsetzungen

Über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 (2) BBauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

Die Festsetzungen der Baupolizeiverordnung vom 24. MAI 1967 werden in diesen Bebauungsplan aufgenommen. (siehe Anlage)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 (6) BBauG ausgelegt vom 16. Mai 1967 bis zum 16. Juni 1967.

Infolge Anregungen und Bedenken mußte er erneut ausgelegt werden. Die zweite Offenlegung erfolgt in der Zeit 22. FEB. 1968 vom 23. JAN. 1968 bis zum .....

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Stadtrat beschlossen am 5. APR. 1968

Saarlouis, den 29. MAI 1968



Der Bürgermeister  
(Dr. Henrich)

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

**SAARLAND**  
Der Minister des Innern  
= Oberste Landesbaubehörde =  
II A-7-4016/68  
R.H.H.

Saarbrücken, den 26. Nov. 1968  
Der Minister für öffentliche  
Arbeiter und Wohnungsbau  
Im Auftrage  
*Mücken*  
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 8. Dez. 1968 ortsüblich bekanntgemacht.

Saarlouis, den 3. Jan. 1969



Der Bürgermeister  
(Dr. Henrich)

Projekt: **Bebauungsplan für das Gebiet Lisdorf-Holzmühle**

Verdacht auf Hölz	M 1000 Reg.
heute	7.5.1968
gezeichnet 25.4.67 <i>Heuser</i>	Stadtbauamt
14.12.67 16.5.68	
28.4.1967	
2. Planentwurf 14.12.67	
<i>Heuser</i> Stadt. Bauamt	<i>Heuser</i> Stadtbauamt